67. Jahrgang

Anzeigen-Preis: Die 10gespalt. Zeile .— M., Reklameteil 25.— M. Stellungsuchende 3 Mark

Als besondere Beilagen erscheinen: Zinsschein-Kalender, Allgemeine Verlosungslisten mit Restantenlisten, Ziehungslisten der Preußischen Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Nummer 493.

Bezugs-Preis: Vierteljährlich 45.— Mk., monatlich 15.— Mk., bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterr., des tschechoslowak. Staates, Ungarn, Luxemburg, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen und Bulgarien. Für das übrige Ausland ist der Bezug nur unter Streifband mit dem nötigen Porto-Aufschlag durch die Expedition dieser Zeitung zulässig.

Bestellungen werden außerdem angenommen bei sämtlichen Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone« | Fernspr. der Schriftl.: Zentrum 243 u. 12352 | Schriftleitung u. Geschäftsst.: W 8, Kronenstr. 37 | Mittwoch, 26. Oktober 1921 | Fernspr. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 30 Pf.

Der bayerische Landtag gegen Genf.

München, 25. Oktober.

Der bayerische Landtag trat heute nachmittag zu seiner neuen Session zusammen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Präsident Königbauer der Trauer des bayerischen Landes um den verstorbenen früheren König Ludwig in warm empfundenen Worten Ausdruck. Weiter legte er namens des bayerischen Volkes gegen das Diktat von Genf Verwahrung ein.

Ministerpräsident Graf Lerchenfeld gab sodann im Namen der Staatsregierung eine Erklärung ab, in der er ebenfalls der Trauer des ganzen bayerischen Volkes um den letzten König aus dem Wittelsbacher Geschlecht Ausdruck verlieh. Auch er wandte sich nachdrücklich gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens. Er führte u. a. aus: In dieser schweren Stunde soll das ganze deutsche Volk wissen, daß wir Bayern treu zu ihm stehen; daß wir Hand in Hand mit den übrigen deutschen Volksstämmen gehen. Die bayerische Staatsregierung weiß sich eins mit der Volksvertretung in der Verurteilung des Genfer Spruches und des Diktats der ehemaligen Gegner im Kriege. Vor dem Forum der Welt erheben wir Protest gegen eine Lösung der oberschlesischen Frage, die wir weder als gerecht noch dem Geiste des Friedensvertrages entsprechend anzusehen vermögen. Wie kommt es, daß überall da ängstlich auf die Selbstbestimmung auch der nationalen Minderheit Bedacht genommen wird, wo es zum Nachteil der deutschen Sache einschlägt, während man umgekehrt entweder die Abstimmung ausschließt oder, wo eine deutsche Minderheit sich findet, diese unberücksichtigt läßt? Dem Genfer Spruch fehlt die schiedsgerichtliche Sicherheit. Er ist von politisch gerichteten Regierungsvertretern gefällt worden, ohne daß uns die Stellung einer Partei eingeräumt gewesen wäre. Die Entscheidung der Mächte ist ein Diktat — eine in der Reihe gewaltsamer Lösungen, denen wir seit dem Friedensschluß unterworfen sind. Auf diesem Boden kann keine Beruhigung, kein wahrer Friede gedeihen. Wann endlich wird sich diese Erkenntnis bei den Völkern durchsetzen, daß die Kulturnationen eine notwendige Gemeinschaft bilden, daß ein großes Volk, wie das deutsche, nicht ohne Schaden für die Menschheit unterdrückt werden kann, daß der Friede sich nicht durch äußere Mittel, sondern nur durch die Gesinnung der Völker gewinnen und sichern läßt? Als der Ministerpräsident seine Ausführungen beendet hatte, kam der Kommunist Aenderl in den Saal und versuchte eine Protesterklärung gegen die Ausführungen des Ministerpräsidenten zur oberschlesischen Frage abzugeben. Die Mitglieder der bürgerlichen Parteien verließen geschlossen den Saal.

Hierauf ergriff der Finanzminister Dr. Krausneck das Wort zu der angekündigten

Etatsrede,

bei der in einem mehr als zwei Stunden dauernden Vortrag alle Einzelheiten des Budgets durchsprach. Er sah sich dabei zu der Feststellung gezwungen, daß sich die wiederholt geäußerte Besorgnis, es möchte der Abschluß einen erheblichen Fehlbetrag ergeben, in vollem Maße erfüllt hat. Der ordentliche Teil des Voranschlags für 1921 schließt nämlich ab mit ungefähr 2,4 Milliarden Mark Einnahmen und mit zirka 2,69 Milliarden Ausgaben. Es ergibt sich somit ein **Fehlbetrag von 254 Millionen Mark.** Noch ungünstiger gestaltet sich das Ergebnis für 1922. Dieser Etat schließt mit einem Fehlbetrag von von 350 Millionen Mark. Von Vorschlägen für eine Deckung dieser Defizite glaubt der Finanzminister gegenwärtig absehen zu müssen. Nach eingehenden Darlegungen über den Haushalt der einzelnen Ressorts kam der Minister noch in weit ausholender Rede auf die Gründe des **deutschen Finanzelends** zu sprechen, wobei er u. a. erklärte: In der Währung kommt die Zahlungsbilanz einer Nation zum Ausdruck. Diese hinwiederum ist das Spiegelbild ihrer Handelsbilanz und der Wertung ihrer Leistungskraft auf dem Weltmarkt. Es ist eine im Ausland vielfach verbreitete offenbar durch die Scheinkonjunktur beeinflußte Ansicht, daß unsere Handelsbilanz aktiv sei. Das ist ein Grundirrtum, der ein falsches Bild von unserem Leistungsvermögen geben muß.

In Wahrheit ist unsere Handelsbilanz eine passive. Der Passivsaldo wird zurzeit auf etwa drei Milliarden Mark geschätzt. Das Wiesbadener Abkommen wäre ohne die Erschütterung der Weltwirtschaft überhaupt nicht denkbar gewesen. Wir buchen gern die Tatsache, daß man den Boden des einseitigen Diktats verlassen hat, aber manche Bedenken bleiben ungelöst. Das Weltwirtschaftsproblem wird durch dieses Uebereinkommen in keiner Weise beeinflußt. Nun sollen auf einem internationalen Kongreß die Maßnahmen zur Lösung des Valutaproblems beraten werden. Stabilisierung der Währung ist das Schlagwort, das die erwünschte Hilfe bringen soll. Aber man täusche sich nicht. Alle diese Maßnahmen werden das Problem nicht an der Wurzel fassen, wenn nicht der Friedensvertrag selbst einer Revision unterzogen wird. Der Finanzminister schloß seine Rede mit der Aufforderung, Volksvertretung und Volk dürften trotz der schlechten Vorzeichen nicht verzagt sein, sondern im festen Glauben an die Fähigkeit der deutschen Nation schaffen in Arbeitsfreudigkeit und Gottesfurcht, dann werden wir auch dem neuen Aufstieg nach schweren Leiden entgegensehen dürfen.

Dr. Wirth bildet die neue Regierung!

Eine Regierung der „kleinen" Koalition.

Berlin, 25. Oktober.

Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichskanzler Dr. Wirth mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

Dr. Wirth erklärte sich nach erneuter Rücksprache mit dem Reichspräsidenten bereit, die Bildung der Regierung zu übernehmen.

Die Mandatserteilung an Dr. Wirth.

Berlin, 25. Oktober.

Der Reichspräsident richtete an den Reichskanzler folgendes Schreiben:

Herr Reichskanzler!

Seit Wochen ist es mein unausgesetztes Bemühen gewesen, für eine Verbreiterung der gegenwärtigen Regierungskoalition die Grundlage zu schaffen in der Ueberzeugung, in der ich mit Ihnen, Herr Reichskanzler, einig gehe, daß die großen Aufgaben, die Deutschlands auf dem Gebiete der äußeren und inneren Politik harren, auf einer breiten Regierungsbasis am besten gelöst werden können.

Sie, Herr Reichskanzler, haben mich in diesem Bestreben unterstützt und die Verbreiterung der Regierungskoalition zu wiederholten Malen als das nächstliegende Ziel Ihrer Politik bezeichnet und auch alles getan, um ihr näherzukommen. **Die Entscheidung, welche die Botschafterkonferenz der Alliierten in der oberschlesischen Frage gefällt hat, hat zweifellos die Erreichung dieses erstrebten Zieles erheblich erschwert.** Ich bin allerdings der Meinung, daß es bei allerseits gutem Willen und unter Voranstellung der Interessen des Vaterlandes möglich gewesen wäre, die verbreiterte Koalition allen Bedenken zum Trotz zustande zu bringen. Verschiedene Vorgänge haben sich leider hemmend in die gepflogenen Verhandlungen eingedrängt, sodaß das erstrebte Ziel als gescheitert anzusehen ist.

Dies ist um so bedauerlicher, als der Rücktritt des bisherigen Kabinetts das Bestehen einer handlungsfähigen Regierung angesichts der außenpolitischen Lage zu einer zwingenden Notwendigkeit und die Bildung des neuen Kabinetts unaufschiebbar macht. Kostbare Zeit ist auf die Verhandlungen zur Klärung der innerpolitischen Lage verwandt worden, ohne daß sich eine solche ergeben hat.

In dieser Not des Vaterlandes richte ich an Sie, Herr Reichskanzler, die dringende Bitte, Ihre mir gegebenen Absagen zurückzuziehen und unter Hintanstellung persönlicher und parteipolitischer Rücksichten die Bildung der Regierung zu übernehmen. Die Tatsache, daß Sie bereits einmal in schwerster Bedrängnis sich dem Vaterlande zur Verfügung gestellt haben, gibt mir die Hoffnung, daß Sie auch diesmal dieses Opfer bringen werden.

In Anbetracht der gegebenen Verhältnisse vertraue ich darauf, daß es mit Ihrer Tatkraft und politischen Einsicht gelingen wird, eine Regierung zu bilden, welche in ihrer Zusammensetzung die Gewähr dafür bietet, daß sie die nächste der deutschen Politik gestellte Aufgabe, sowie die dringlichen Probleme der weiteren Zukunft lösen kann. Ich bin in aller Wertschätzung Ihr aufrichtig ergebener

Ebert.

Berlin, 25. Oktober.

Der Aeltestenrat des Reichstags beschloß, den Reichstag auf morgen mittag 12 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammenzurufen. Das Plenum selbst wird dann entscheiden, ob sich weitere Sitzungen anschließen werden oder ob sich der Reichstag bis zum 3. November vertagen soll.

*

Dem Entschluß des Reichspräsidenten Ebert, Dr. Wirth den Auftrag zur Rekonstruktion seines Kabinetts zu erteilen, gingen während des gestrigen Nachmittags Verhandlungen zwischen den Parteien voraus, die in ihrem Verlauf die ganze Tragik der Situation wiederspiegelten, in die Deutschland sich durch das neue Gewaltdiktat der Entente versetzt sieht. Ueber die einzelnen Vorgänge zu sprechen, ist zurzeit im Interesse des Ganzen und im Hinblick auf den Charakter dieser Vorgänge nicht tunlich. Wir beschränken uns daher darauf, den Gang der Ereignisse des gestrigen Nachmittags kurz zu registrieren:

In den ersten Nachmittagsstunden kam die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei nach eingehender erneuter Prüfung der Lage aus ähnlichen Gründen wie die Deutsche Volkspartei zu dem Beschluß, daß ihrer Auffassung nach eine gedeihliche Zusammenarbeit innerhalb einer Regierung aus den bisherigen Regierungsparteien heute nicht mehr angängig erscheine. Die Fraktion sah sich daher gezwungen, dem Reichspräsidenten mitzuteilen, daß sie sich außerstande sehe, diese Koalition fortdauern zu lassen und

lehnte den Eintritt in ein Kabinett aus Vertretern des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten ab.

Dagegen erklärte sie sich in Ansehung der besonderen Umstände bereit, an einer **Regierung aus Zentrum und Demokraten,** also ähnlich dem jetzt in Preußen bestehenden Kabinett Stegerwald, teilzunehmen. Dieser Vorschlag fand indessen wiederum nicht die Zustimmung des Zentrums, das erklärte, daß eine solche Basis zu schmal sein würde, worauf zwischen Zentrum und den Mehrheitssozialdemokraten Verhandlungen gepflogen wurden, die nach verhältnismäßig kurzer Dauer dazu führten, daß sich abends 6 Uhr Dr. Wirth erneut zum Reichspräsidenten Ebert begab, von dem er sodann den Auftrag zur Neubildung des Kabinetts erhielt.

Es wird Gegenstand weiterer Verhandlungen sein müssen, festzustellen, ob es sich bei der zweiten Regierung Wirth nur um ein sogenanntes Geschäftsministerium handelt oder um ein politisches Kabinett, dem in der Hauptsache nur die Regelung der oberschlesischen Angelegenheit obliegen würde, etwa so wie seinerzeit das Kabinett Bauer in den Tagen der Unterschrift unter den Friedensvertrag die Verantwortung übernahm.

Die Stellung der Demokraten zu dem neuen Kabinett Wirth dürfte im wesentlichen davon abhängen, ob die von diesem namens Deutschlands auszusprechende feierliche Rechtsverwahrung den Grundzügen Genüge leistet, die von der demokratischen Fraktion wiederholt gekennzeichnet worden sind. Im Zusammenhang damit steht auch die Entscheidung darüber, ob die Minister Geßler und Rathenau als sogenannte „Fachminister" in der Regierung bleiben können oder nicht. Die demokratische Fraktion wird sich darüber heute vormittag noch im einzelnen klar werden. Sie dürfte im übrigen nach unserer Kenntnis der Auffassung sein, daß es sich im Augenblick nur um eine Notlösung handeln könne und daß man in dem **zweiten Kabinett Wirth nur eine Uebergangsregierung** zu erblicken habe, die tunlichst bald nach Eintritt beruhigterer Verhältnisse einer Neubildung auf der Grundlage der großen Koalition Platz machen sollte, deren Unumgänglichkeit gerade durch die jüngste Entwickelung nur noch nachdrücklicher erwiesen worden ist.

Die heutige Sitzung des Reichstages wird sich wie folgt gestalten: um 12 Uhr Beginn und einziger Punkt der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Regierung. Darauf soll den Parteien Gelegenheit gegeben werden, sich über ihre Stellungnahme zu dieser Erklärung schlüssig zu werden und um 3 Uhr eine zweite Sitzung zur Besprechung der Mitteilung der Regierung stattfinden. Ob man auch morgen, Donnerstag, noch tagen und etwa die Kartoffelfrage erörtern soll, wird sich erst im Verlaufe des heutigen Tages ergeben. Jedenfalls besteht die feste Absicht, sich morgen bis zum 2. November inklusive zu vertagen. Am 3. November wird dann die eigentliche Arbeitssession des Reichstags beginnen und die Beratung der Steuerentwürfe bringen.

Dr. Wirth verhandelt auch mit Dr. Heinze

Berlin, 25. Oktober.

Der Reichskanzler hat, nachdem er den Auftrag des Reichspräsidenten zur Bildung der neuen Regierung angenommen hat, die Besprechungen mit Mitgliedern des bisherigen Kabinetts aufgenommen. Zu einer Besprechung der Lage hat der Reichskanzler auch den Reichstagsabgeordneten Dr. Heinze von der Deutschen Volkspartei zu sich gebeten. Es ist damit zu rechnen, daß die Bildung des neuen Kabinetts im Laufe des morgigen Vormittags zustande kommt, sodaß es sich dem Reichstage, der morgen nachmittag um 1 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammentritt, wird vorstellen können.

Die Ernennung des Reichskommissars bevorstehend.

TU Berlin, 25. Oktober.

Der oberschlesische Ausschuß, der gestern abend unter Vorsitz des Ministers Rosen tagte, wählte, da die Zeit drängt, und der Termin zur Ernennung des Kommissars Donnerstag abläuft, einen Unterausschuß, der von sich aus die Persönlichkeit des Kommissars bestimmen soll.

Französische Kammerdebatte über Deutschland.

Paris, 25. Oktober.

In der heutigen Nachmittagssitzung der Kammer wurde die am Freitag abgebrochene Debatte über die allgemeine Politik der Regierung fortgesetzt. Das Wort nimmt der Kommunist Marcel Cachin. Es gebe auf der Welt keine härteren Kämpfe zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapitalismus, als sie die 70000 Textilarbeiter im Norden Frankreichs seit sieben Wochen führten. Die Regierung habe nicht vermocht, den Unternehmern das Entgegenkommen zur Pflicht zu machen; das sei die Regierungspolitik der sozialen Entspannung. Cachin bespricht alsdann die auswärtige Politik der Regierung und fragt, ob die von Minister Loucheur in Wiesbaden begonnene Politik die Politik der Regierung gegenüber dem neuen Deutschland sei.

Briand unterbricht: Das wird von Deutschland abhängen. (Sehr richtig!) Wenn Deutschland sich von der Regierung führen läßt, die ihre Verpflichtungen erfüllt, werden wir keinen Grund haben, zu Drohungen und zu Gewalt unsere Zuflucht zu nehmen. Aber wenn Deutschland durch eine zu befürchtende Schwenkung aufs Neue dem Imperialismus verfällt, wenn es sich weigert, seine Verpflichtungen zu halten, und uns mit Revanche bedroht, dann ist es natürlich, daß die Haltung der französischen Regierung geändert wird. (Lebhafter Beifall.)

Cachin fährt fort, indem er den Marasmus der siegreichen Nationen der industriellen Tätigkeit Deutschlands gegenüberstellt, wo selbst in den Fabriken von Krupp landwirtschaftliche Maschinen und elektrische Apparate fabriziert würden. Die Abkommen von Wiesbaden könnten, wenn sie die deutsche und die französische Industrie zusammenbrächten, die wirtschaftliche Lage Frankreichs wieder hochbringen; aber schon hätten die Unternehmer begonnen, eine scharfe Campagne gegen diese Politik Loucheurs zu führen.

Cachin lenkt die Aufmerksamkeit der Kammer auf die gefährliche finanzielle Lage in Deutschland, das vom Bankerott bedroht sei. Die Inflation werde eine Krisis in Gestalt einer Verteuerung der Lebenshaltung sowohl in Frankreich als auch in Deutschland herbeiführen. Der Redner spricht sodann von der Konferenz in Washington und erklärt, daß er nicht den Optimismus Briands über die Herabsetzung der Rüstungen teile. Der Zar habe das versucht und auch Wilson; alle Versuche seien fehlgeschlagen. Was aus der Konferenz von Washington hervorgehen werde, sei wahrscheinlich ein neuer Krieg.

Nach Cachin spricht der Kommunist Lafont von der Hilfe für das hungernde Rußland.

Ausweisung der Familie Habsburg aus der Schweiz.

Genf, 24. Oktober.

Der schweizerische Bundesrat hat heute beschlossen, die Familie Habsburg und ihr Gefolge auszuweisen mit Ausnahme der Personen, die zur Pflege der Kinder, die in der Schweiz zurückbleiben, durchaus notwendig sind. Voraussichtlich wird auch eine Dame der Familie in der Schweiz bleiben können. Die Liste der ausgewiesenen Personen wird morgen bekanntgegeben. In Betracht kommen u. a.: Erzherzog Max, Bischof Dr. Seidl, Oberst Kammerherr Ledochowsky, Flügeladjutant von Sonntag, Hauptmann v. Bergmann und Frau, Generaldirektor von Steiner.

Budapest, 25. Oktober.

Das Ergebnis der gestrigen Beratung der Vertreter der Großen Entente mit der ungarischen Regierung besteht in dem Beschluß, König Karl vorläufig im Kloster Tihany am Plattensee zu internieren. Da er sich bedingungslos ergeben hat, können die bereits gemeldeten sieben Bedingungen, die ihm von der ungarischen Regierung gestellt waren, als angenommen gelten.

Das Ostseeproblem.

Von

Walter Aßmus.

Nach der „Regelung" der oberschlesischen Frage scheint bei den Alliierten die Absicht zu bestehen, nunmehr auch die noch in der Schwebe befindlichen Ostfragen zu liquidieren. So wird auch, worauf wir bereits hinwiesen (vergl. B. B.-Z. Nr. 485), aus Genf gemeldet, daß nunmehr auch die Regelung der Wilna-Frage, um die sich im Auftrage des Völkerbundes der Belgier Hymans schon seit längerer Zeit bemüht, folgen werde. Schon in dieser Meldung taucht bereits der Name Memel auf und deutet darauf hin, daß außer der Wilnafrage noch mancherlei Probleme im Osten ihrer Lösung harren. Gegen eine Verquickung der Memelfrage mit dem Wilnaproblem, wie sie das Projekt von Hymans vorsah, nach dem bekanntlich Memel an Litauen als Pflaster für die Wilnawunde fallen sollte, wird man sich allerdings mit aller Energie wenden müssen, wie denn ja auch die großen Berufsorganisationen des Memelgebietes sofort nach dem Bekanntwerden des Hymanschen Vorschlages in Telegrammen an den Völkerbund gegen eine solche Vergewaltigung des Memelgebietes protestiert und nochmals nachdrücklich die Forderung des Memelgebietes nach Selbständigkeit unterstrichen haben.

Es muß aber doch bezweifelt werden, ob die Alliierten heute schon entschlossen sind, das Ostseeproblem in so umfassender Weise aufzurollen, wie es in einer Rigaer Meldung der Telegraphen-Union (B. B.-Z. 485) dargestellt wurde, nach der sich Frankreich und England bereits auf eine Teilung der gesamten Ostinteressen geeinigt haben sollen. Jahrhunderte lang ist von Deutschen, Polen, Schweden und Russen um die Vorherrschaft an den östlichen Gestaden des Baltischen Meeres gerungen worden, bis sich der Sieg Rußland zuneigte, das das ganze Küstengebiet von Finnland bis Kurland unter seine Gewalt brachte. Diese fast zweihundertjährige Herrschaft brach der Weltkrieg. Lettland, Estland, schließlich auch Litauen und nicht zuletzt Polen haben diese russische Herrschaft abgelöst und es bleibt mehr als zweifelhaft, ob es nun gelingen wird, hier wieder stabile Verhältnisse zu schaffen. Polens Expansionskraft ist zwar im Augenblick gelähmt und auch die Sowjets sehen sich außerstande, sich einen breiteren Küstenstreifen zu erkämpfen. Nun aber spielt sich dieser Kampf ja keineswegs nur zwischen diesen Staaten ab, sondern diese Staaten sind nicht viel mehr als Figuren im Schachspiel der Großen und auch an dieser Stelle wird ein französisch-englischer Gegensatz sehr deutlich erkennbar.

Großbritannien beherrscht heute die Ostsee, während Frankreich das größte Interesse daran hat, daß die Ostsee ein offenes Meer bleibt. Frankreich macht sich auch hier Polen für seine Politik dienstbar. Sein Streben geht darauf hinaus, ein Bündnis sämtlicher Randstaaten unter polnischer Führung, möglichst unter Einbeziehung Rumäniens und sogar der Tschechoslowakei herbeizuführen. Diese Pläne sind bislang von Erfolg nicht gekrönt gewesen, die Helsingforser Konferenz endete mit einem Fiasko. Trotzdem wird Frankreich sein Ziel nicht aus dem Auge verlieren. Es ist im Baltikum zu einer sehr aktiven Politik übergegangen, selbst französisches Kapital scheint sich neuerdings den Weg nach dem Osten bahnen zu wollen, so hat sich eine französische Kapitalistengruppe an die lettländische Regierung mit dem Gesuch um die Erlaubnis zur Gründung einer Bank gewandt, das allerdings abgelehnt wurde. Ebenso versucht Frankreich neuerdings sich auch im Memelgebiet festzusetzen. Es ist allerdings nicht so, wie der „Vorwärts" meldet, daß eine französische Gesellschaft der Stadt Memel angeboten habe, den gesamten Grundbesitz abzukaufen, sondern die Verhandlungen, die noch schweben, drehen sich lediglich um kleinere Industriegelände. Daneben betreibt Frankreich, worauf hier auch bereits hingewiesen wurde, eine sehr lebhafte Kulturpropaganda, so z. B. durch Errichtung eines französisch-lettischen Kulturinstituts in Riga, wie durch das französische Athenaeum in Reval. Auch Frankreich hat ja einen, wenn auch kleinen, Flottenverband in der Ostsee stationiert. Diese Schiffe scheinen, wie aus Danzig gemeldet wurde, die Danziger Bucht als Marinebasis zu benutzen und von kompetenter Seite wird sogar versichert, daß der ganze polnische Hafen Gdingen nur den Zweck erfülle, Frankreich einen Stützpunkt in der Ostsee zu geben, wo marinestrategische Vorbereitungen gegen Rußland getroffen werden können.

England dagegen ist vor allem an der Sicherung der englischen Handelswege nach Rußland interessiert und es sucht dies Ziel zu erreichen durch Förderung des Zusammenschlusses der drei baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen), wie ja auch England Litauen im Wilnakonflikt gelegentlich unterstützt hat, da ihm naturgemäß an einer Stärkung des polnischen Einflusses im Baltikum ganz im Gegensatz zu Frankreich garnichts gelegen sein kann. Ebenso sind es englische Schiedsrichter gewesen, die die Grenzstreitigkeiten zwischen den baltischen Staaten geregelt haben. Englisches Kapital ist im Baltikum in weit höherem Maße inetressiert als das französische, und neuerdings bemühen sich auch die Engländer, durch eine tätige Kulturpropaganda ihren Einfluß zu stärken; ein Bemühen, das durch häufigen Besuch englischer Kriegsschiffe in den baltischen Häfen sehr nachdrücklich unterstützt wird. Daß im Augenblick auch Verhandlungen zwischen Lettland und England wegen der Aufnahme einer Anleihe für Lettland geführt werden — der lettische Finanzminister Kalning hat sich zu diesem Zweck nach London begeben — darauf sei nur nebenbei verwiesen.

Nach Möglichkeit ist allerdings England bemüht, bei der Sicherung seiner Handelswege nach Rußland eine Form zu finden, die einer Regeneration Rußlands keine Hindernisse in den Weg legt. Und hier stößt alle Politik wieder auf das große Fragezeichen. Das ganze Ostseeproblem wird wieder aufgerollt werden, sobald Rußland wirtschaftlich wieder erstarkt. Dann wird es, mag nun ein Zar, mag ein Kerenski oder mag ein Lenin an der Spitze dieses Reiches stehen, — darüber ist man sich in den Randstaaten vollkommen klar — wieder versuchen, den Küstenstreifen in seine Gewalt zu bringen, den es solange besaß, und damit würde dann der Kampf um die Herrschaft über das baltische Meer in ein neues Stadium treten. Soweit sind die Dinge aber heute noch nicht gediehen, und es dürfte auch zunächst bei den Hauptbeteiligten nicht allzugroße Neigung bestehen, jetzt im Augenblick, da es ohnehin genug Reibungsflächen gibt, das Ostseeproblem aufs Neue aufzurollen.